Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 34 | **München, 21. August 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Aug.	Elul	Bemerkungen
Sonntag	23	10	
Montag	24	11	
Dienstag	25	12	
Mittwoch	26	13	
Donnerst.	27	14	
Freitag	28	15	
Samstag	29	16	כי תבוא הפטרה קומי אורי (Jes. 60, 1—22) (P. R. 'פרק ג' ד)

Das Jüdische Echo

Nummer 34 | 21. August 1931 | 18. Jahrgang

ROSCH-HASCHANAH 5662

Eine Kundgebung des Nationalfonds

„Der XVII. Zionisten-Kongreß erklärt, daß in dieser Stunde, da die Erlösung des Bodens als Grundlage des Nationalheims in den Mittelpunkt unseres Aufbauwerks gerückt ist, jedes Mitglied der Zionistischen Organisation — unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit — die doppelte Verpflichtung hat, sich dem Keren Kajemeth Lejisrael zur Verfügung zu stellen und bei allen Sammlungen und Aktionen aktiv mitzuarbeiten.

Nur dann wird der Keren Kajemeth imstande sein, seine zentrale Aufgabe in Palästina zu erfüllen.“

Dieser Beschluß ist vom XVII. Kongreß in Basel, der in einem für unsere Bewegung und für Palästina ungeheuer schwierigen Augenblick seine Beratungen abhielt, einstimmig angenommen worden. Was immer die Streitpunkte in den Meinungskämpfen der Parteien, Gruppen und Fraktionen waren, Einmütigkeit herrschte in der Erkenntnis von der Bedeutung und Heiligkeit der Aufgabe, die vom Bodenfonds durchgeführt werden muß, wenn das Jüdische Nationalheim in Palästina auf einer festen und für ewige Zeiten begründeten Basis ruhen soll: „Nur dann wird der Keren Kajemeth Lejisrael imstande sein, seine zentrale Aufgabe zu erfüllen!“

Dies ist ein Aufruf und ein Alarm-Signal zugleich, die jeden wahren Zionisten und jeden aufrichtigen Palästina-Freund zu einer Verdoppelung ihrer Anstrengungen für den KKL. veranlassen müßten. Unser Aufbauwerk macht nach zwei Jahren politischer Schwierigkeiten eine fast unerträgliche Finanzkrise durch. Der Kongreß hat beschlossen, den Zionisten ein Notopfer aufzuerlegen, um unser Kolonisationswerk, unser Sanitäts- und Erziehungswesen vor einer schweren Erschütterung zu bewahren. Aber die Zionisten müssen sich bewußt sein, daß über der Forderung des Tages nicht die Forderung der Ewigkeit vergessen werden darf. Deshalb bestätigte der Kongreß die Richtlinien der Bodenpolitik des Keren Kajemeth Lejisrael „im Sinne des Erwerbes von Ländereien in allen Gebieten, die der Siedlungsarbeit in der nächsten Zukunft neue Möglichkeiten eröffnen“, und forderte „eine unermüdliche Fortsetzung dieses Werkes“.

Die traditionelle Neujahrs-Aktion des KKL. trifft die Juden Deutschlands in einer schweren Stunde wirtschaftlicher Not. In dieser Zeit der jüdischen Verarmung muß die Forderung des Nationalfonds, ewigen Besitz für das jüdische Volk zu schaffen, ernster und nachdrücklicher neuert werden. Der Boden, der vom Volke für das Volk erlöst werden soll, verlangt nicht große Opfer weniger, sondern kleine Beiträge aller Juden. Von den Zionisten aber verlangt er außer ihren traditionellen Spenden eine große organisatorische Anstrengung und aktivste Arbeit, zu der jeder einzelne von uns heute aufgerufen wird, die ganze Arbeitsarmee der zionistischen Jugend, der Frauen und Männer, die dem 30. Jahre des Bestehens unserer populärsten Institutionen einen würdigen, großen Auftakt geben sollen — durch verdoppelte Arbeit!

Der Geschäftsführende Ausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.
Die Landeskommission des Keren Kajemeth Lejisrael.

Bemerkungen

Herrn Shaws freundliche Empfehlung

George Bernard Shaw ist ein geistreicher Mann, der sehr viel weiß und sehr viel versteht, zweifellos ein großer Schriftsteller, vielleicht ein Dichter. Aber so viel er auch weiß und so viel er auch versteht — er redet über noch viel mehr. Die ganze Welt freut sich seines Spottes und seiner witzigen, halb ernsten, halb nur spaßhaften Bemerkungen und Glossen, die manchmal allerdings die Tendenz haben, zu bloßen Clownereien herabzusinken.

Shaw hat sich während seines Moskauer Aufenthaltes vor kurzer Zeit einem Vertreter der JTA. gegenüber auch über jüdische Fragen geäußert. Was dabei herausgekommen ist? Ein guter Rat — eine tiefe Weisheit — ein witziges Wort — eine Clownerie? Man urteile selbst!

Shaw erklärte, er sei, auch auf Grund seiner Beobachtungen in Rußland, zur Überzeugung gelangt, daß letzten Endes die Mischehe den Unterschied zwischen Juden und Christen aufheben werde. Nachdem er diese Meinung in vollem Ernste zum Ausdruck gebracht hatte, fügte Shaw scherzend hinzu, ein anderes Mittel zur Lösung der Judenfrage bestehe darin, daß die Juden ihren Superioritätskomplex verlieren. Die Juden müssen aufhören, sagte Shaw, sich anderen Volksstämmen gegenüber als überlegen zu fühlen, auch wenn sie manchmal allen Grund haben, sich so einzuschätzen.

Shaw nahm mit Interesse von dem Schreiben Kenntnis, das Stalin vor einiger Zeit an die JTA. gerichtet hat und in dem er den Antisemitismus als ein „Überbleibsel der für die Ära des Kanibalismus charakteristischen unmenschlichen Sitten“ bezeichnet und darauf hinweist, daß nach den Gesetzen der Sowjetunion militanter Antisemitismus unter Todesstrafe stehe. Der Charakterisie-

rung des Antisemitismus durch Stalin stimmte Shaw rückhaltlos bei. Er erklärte, die von den Sowjets gegenüber Rassevorurteilen verfolgte Politik sei die einzig vernünftige. Es sei nicht einzusehen, warum zwei Menschen, wenn sie miteinander sprechen, in Rassebegriffen denken sollen. Ein normaler Mensch brauche sich solcher Dinge nicht bewußt zu sein. Wenn ich, erklärte Shaw, ein Mitglied der G.P.U. wäre und zwei Proletarier sähe, die miteinander über Rassefragen debattieren, ich würde sie beide einsperren. Mir scheint, daß das kommunistische Regime in Rußland in richtiger Weise an die Lösung der Judenfrage herangeht. Hier schaltete Shaw die Bemerkung ein, daß der Jude für die Welt nicht minder ein Problem ist, als die Welt für den Juden. Ich habe, sagte er, niemals die verbreitete Ansicht geteilt, daß die Juden unter einem Minderwertigkeitskomplex leiden. Im Gegenteil, sie leiden unter einem Überwertigkeitskomplex. Das ist sehr schädlich für sie und verursacht anderen viel Ärger. Die Welt hat schon lange ihren Frieden mit den Juden gemacht. Aber der Jude will nicht seinen Frieden mit der Welt machen. Als fürchtete er, seine Worte könnten mißverstanden werden, erläuterte Shaw diese Äußerung, indem er auf seine irische Abstammung Bezug nahm: Ich verstehe es, daß die Juden sich besser fühlen als so viele andere, denn ich bin ein Ire und die Iren sind vielleicht noch rassestolzer und arroganter als die Juden. Eine solche Arroganz ist aber in der proletarischen Welt, in der wir leben, nicht am Platz. Ein wichtiger Schritt zur Lösung der Judenfrage muß darin bestehen, daß die Juden sich von ihrem Überwertigkeitsgefühl gegenüber anderen Nationen befreien.

Wer so viel weiß und zu beurteilen versteht, wie Shaw, der darf sich erlauben, das sei von vornherein zugegeben, anderen Ratschläge zu erteilen und Rezepte zu geben, zumal, wenn er dazu aufgefordert wird. Man kann Shaw also nicht verübeln, daß er seine Meinung über jüdische Fragen geradeheraus gesagt hat und Offenheit war immer seine starke Seite. Aber hat er sich die Empfehlungen, die er den Juden gibt, recht überlegt? Hat er verstanden, wovon und worüber er redete?

Letzten Endes werde die Mischehe den Unterschied zwischen Juden und Christen aufheben, und damit dieses an sich wirksame Mittel noch rascher wirke, sollten die Juden ihren Superioritätskomplex aufgeben — was in diesem Zusammenhang doch wohl nur heißen kann, sie sollten darauf verzichten ihre Blutsgemeinschaft zu erhalten und versuchen so schnell wie möglich in den anderen Völkern aufzugehen.

Shaw hat ganz recht — sein Mittel ist probat: nur ist die Kur, die er den Juden empfiehlt, eine rechte Doktor Eisenbartkur. Sie löst die Judenfrage, indem sie die Judenheit zum Verschwinden bringt; sie erkennt einen Übelstand an, um ihm abzuhelfen, aber verfügt sie, daß diejenigen, die hauptsächlich darunter zu leiden haben, sich umbringen sollen; der Übelstand werde dann zweifellos nicht mehr existieren. Wenn man genauer zusieht, empfindet Herr Shaw also das Bestehen eines Judentums als überflüssig, die Bestrebungen der Judenheit zu seiner Erhaltung als schädlich und vergeblich. Und daher mag es auch kommen, daß Shaw glaubt, die Juden hätten nicht, wie sie selber meinen und wie die Welt meint, die sehr wohl die Erscheinung des verachteten und gedrückten Juden in den mannigfachsten Formen kennt, einen nationalen Minderwertigkeits-, sondern einen nationalen Überwertigkeitskomplex. An sich ist die Verwendung dieser, der Terminologie der Psychoanalyse entlehnten Begriffe nicht ungefährlich; es ist auch durchaus möglich, daß sich die beiden Behauptungen insofern dekken, als ein Minderwertigkeitskomplex überkompensiert wird — um in der Begriffswelt der Psychoanalyse zu bleiben — und daraus nun ein Superioritätskomplex entsteht — aber selbst, wenn es so wäre, wie Shaw glaubt, was folgte daraus? Doch auch nur, daß man die Ursache beseitigen muß; die Antwort aber, die Shaw gibt, ist für den Patienten zu billig und zu roh und die Empfehlung: Bring dich um, hätte man von einem Sozialisten und Humanisten am allerletzten erwartet. Man muß dem Patienten die Bedingungen geben gesund zu werden und für das jüdische Volk ist vor allem eine Normalisierung seines Lebens nötig, nur diese kann die Lösung der Judenfrage herbeiführen.

Shaw ist gewiß kein Antisemit; merkwürdigerweise könnten aber die freundlichen Empfehlungen, die er den Juden gibt, eben so wohl von einem Antisemiten stammen. Das braucht ja nicht zu verwundern und ist auch gar keine neue Erscheinung; die besten Freunde der Juden haben oft ihre Lebensnotwendigkeiten am schlechtesten verstanden und so hat Jakob Klatzkin in der Übersteigerung eines an sich richtigen Gedankens einmal gefordert, daß man neben den Vereinen zur Abwehr des Antisemitismus auch solche zur Abwehr des Philosemitismus gründen solle. Das ist gewiß ein Paradox und niemand könnte daran denken, aber richtig bleibt, daß die Juden werden lernen müssen sich vor Freunden wie Shaw und mögen ihre Empfehlungen noch so freundlich gemeint sein, nicht weniger zu schützen als vor den Angriffen ihrer Feinde. I. E.

Blau-weiße Fahnen und Internationale

Bei der Arbeitersport-Olympiade in Wien waren auch die Arbeitersportler aus Palästina vertreten. Bei dem Aufmarsch der Nationen im Stadion, der mit viel Prunk und mit besonderer Betonung der nationalen Gliederung durch Embleme und Fahnen zur Geltung kam, fehlte die palästinensische Gruppe, die man erst später beim Fackelzug und Festzug durch die Straßen Wiens sehen konnte. Das Fehlen Palästinas beim Aufmarsch der Nationen fiel auf. Nun wird darüber berichtet:

„Die Delegation aus Palästina wußte im letzten Moment noch immer nicht, welche Fahne sie tragen solle. Das Olympia-Komitee hat im englischen Konsulat diesbezüglich angefragt und dort die Auskunft erhalten, daß für Palästina die englische Flagge maßgebend sei. Die Palästinenser waren aber mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und trugen unter „Schalom"-Grüßen, entgegen dem erhaltenen Auftrag, die blau-weiße Fahne der Zionisten."

Die Wiener „Neue Welt", der wir diesen Bericht entnehmen, knüpft daran folgenden Kommentar:

Die Internationale will es also nicht wahrhaben, daß sie den Juden dieselben Rechte zugestanden hat wie den anderen Nationen, die ihre nationalen Fahnen trugen. Wollte sie vielleicht ihrem Genossen Passfield im Haß gegen den Zionismus und die nationale jüdische Befreiungsbewegung den Rang streitig machen? Oder zweifelt sie, die Internationale, an der sozialistischen Geeichtheit der palästinensischen Olympiade-Teilnehmer? Da geht sie natürlich fehl. Diese sind so sozia-

listisch, daß sie es z. B. nicht für nötig fanden, als palästinensische Gruppe das Grab des Schöpfers des jüdischen nationalen Ideals für Palästina in Döbling zu besuchen. Sie defilierten vor Seitz und Adler, die sich das Tragen der jüdischen Fahne verbaten, aber nicht vor dem toten Führer Theodor Herzl.

Dieser Angriff auf die Internationale ist unserer Ansicht nach nicht ganz glücklich, wenn auch in Wien, wo gerade die jüdischen Sozialisten stets den Zionismus gehässig anfeindeten, nicht ganz so ungereimt, wie es scheinen möchte. Gänzlich abwegig aber ist der Angriff auf die palästinensischen Olympiade-Teilnehmer, die — mögen sie das Grab Herzls aus welchen Gründen immer nicht besucht haben — doch gerade bei diesem Vorfall ihre jüdische und zionistische Zuverlässigkeit aufs schlagendste bewiesen.

Es wird festgestellt

Spät, aber doch liest man in der Berliner „Welt am Abend" vom 4. d. M. einen Satz, den man in jüdischen Kreisen beachten sollte:

„In unserer Redaktion z. B. sitzt schon seit längerer Zeit nicht ein einziger Jude."

Das Blatt wird vom kommunistischen Reichstagsabgeordneten Münzenberg herausgegeben. Man darf auch nicht annehmen, daß es ein zufälliger „Schreibfehler" ist, denn schon bei anderer Gelegenheit hat man von dieser Stelle aus festgestellt, daß es kein Zufall sei, daß im Z.K. der KPD. kein einziger Jude sitze. Wir gestehen, daß wir darüber hocherfreut sind. Aber es scheint doch, daß es ebenfalls nicht ein bloßer Zufall war, daß die KPD. sich in die antisemitische Volksentscheidfront einreihte. Übrigens war Karl Marx, und das können die „echten" Marxisten doch noch nicht vergessen haben, Jude. Wir hielten Herrn Münzenberg bisher für zu klug, als daß er solche merkwürdigen Entgleisungen billigen könnte — aber daß Kommunismus oder Sozialismus antisemitische Gesinnung durchaus nicht auszuschließen braucht, muß leider bei dieser Gelegenheit auch wieder einmal festgestellt werden.

Die Berliner Jüdische Gemeinde unter dem Druck der Wirtschaftsnot

Kein Beitrag für die Hebräische Universität Jerusalem in diesem Jahre.

50%ige Kürzung der Personalausgaben erwogen.

Berlin, 18. August (JTA.). Die am Montag, den 17. August, abgehaltene Sitzung der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde hatte sich insbesondere mit der durch die außerordentlich schwierigen finanziellen Verhältnisse der Gemeinde gebotene Restriktion der Personalausgaben und mit der Frage der weiteren Subventionierung der Hebräischen Universität in Jerusalem zu befassen. Daneben führte eine Anfrage über die zwischen der Berliner Jüdischen Gemeinde und der Jewish Agency bestehenden Vereinbarungen zu einer grundsätzlichen Aussprache zwischen den Vertretern der liberalen und volksparteilichen Fraktion.

Während in der Frage des vom Gemeindevorstand in Aussicht genommenen Personalabbaus eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden großen Parteien erzielt werden konnte, indem sowohl von der volksparteilichen Fraktion, die beantragt hatte, anstelle eines Abbaues eine generelle Gehaltskürzung vorzunehmen, als auch von den Liberalen die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen unter größtmöglicher Schonung der Betroffenen anerkannt wurde, führte das Problem der weiteren Erhaltung des von der Berliner Jüdischen Gemeinde errichteten Lehrstuhls für Botanik an der Universität Jerusalem zu einer scharfen Scheidung der beiden Hauptgruppen des Hauses. Es lag zu diesem Punkt der Tagesordnung eine Anfrage der Jüdischen Volkspartei vor, ferner ein Antrag des Mitglieds der Repräsentantenversammlung Bruno Woyda, in dem gefordert wurde, daß für das laufende Geschäftsjahr keine Auszahlung eines Gemeindebeitrages an die Hebräische Universität erfolgen soll. Nach längerer Aussprache, in der diese Frage von volksparteilicher und liberaler Seite sowohl in ihrer grundsätzlichen Bedeutung, als auch unter dem Gesichtspunkt der augenblicklichen Finanzlage der Gemeinde eingehend erörtert wurde, gelangte der Antrag Woyda in namentlicher Abstimmung zur Annahme.

Für den Antrag wurden 20 Stimmen der Liberalen, gegen ihn 12 Stimmen der volksparteilichen Vertreter abgegeben. Die Vertreter der religiösen Mittelpartei und der Überparteilichen Vereinigung hatten sich der Stimme enthalten.

Die Tagesordnung wurde mit der gleichzeitigen Beratung der Vorlage des Gemeindevorstandes betreffs Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die Einführung der Reichsbesoldungsordnung für die Angestellten der Jüdischen Gemeinde und eines Antrages der Jüdischen Volkspartei, statt Vornahme eines Abbaus sämtliche Gehälter unter gleichzeitiger Streckung der Arbeitszeit zu kürzen, eröffnet. Der volksparteiliche Antrag wurde von Alfred Berger begründet.

Namens des Gemeindevorstandes wies der Personalreferent Moritz Rosenthal darauf hin, daß es der Gemeinde unter den jetzigen Verhältnissen ganz unmöglich sei, den bisherigen Personaletat von 6½ Millionen Mark aufrecht zu erhalten. Es seien in diesem Jahre nicht mehr als 4 Millionen an Steuereingängen zu erwarten, wozu noch höchstens 3 Millionen an anderen Eingängen hinzukämen. Im Sinne des volksparteilichen Antrages wurden schließlich zwei 5gliederige Kommissionen zur Beratung der Einführung der Reichsbesoldungsordnung und der Überprüfung der Notwendigkeit von Abbaumaßnahmen eingesetzt.

Der umkämpfte Lehrstuhl.

Nach Erledigung von Vorlagen betreffend Änderung der Gebete bei Beerdigungen und eine Änderung des Statuts der Altersversorgungsanstalten trat die Versammlung in die Beratung der Frage ein, ob zur Erhaltung des von der Berliner Jüdischen Gemeinde errichteten Lehrstuhls an der Universität Jerusalems auch in diesem Jahre ein Beitrag geleistet werden solle. Die Volkspartei hatte hierzu folgende Interpellation eingebracht: 1. Hat der Gemeindevorstand für das laufende Geschäftsjahr die Auszahlung des Gemeindebeitrages für die Hebräische Universität in Jerusalem veranlaßt? 2. Wenn das nicht der Fall sein sollte: a) weiß der Gemeindevorstand, daß die fortlaufende Subventionierung einer zwischenparteilichen Vereinbarung entspricht? b) Ist dem Gemeindevorstand bekannt, daß der durch die Subvention der Berliner Jüdischen Gemeinde geschaffene Lehrstuhl besetzt ist? c) Weiß der Gemeindevorstand, daß gerade im Hinblick auf die Verfolgungen, denen die jüdischen Studenten an vielen europäischen Universitäten ausgesetzt sind,

ein ruhiges und sicheres Studium in möglichst allen Fakultäten in Jerusalem dringned wünschenswert ist?

Andererseits lag folgender von Bruno Woyda gestellter Antrag vor: Die Repräsentantenversammlung wolle beschließen: Für die Hebräische Universität in Jerusalem soll für das laufende Geschäftsjahr keine Auszahlung eines Gemeindebeitrages erfolgen.

Zur Anfrage der Volkspartei ergriff Dr. Alfred Klee das Wort. Er bat, die Frage nicht unter den fiskalischen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern unter dem Gesichtspunkt, daß der Beitrag für die Hebräische Universität der einzige Beitrag für einen Palästinazweck im Budget der Jüdischen Gemeinde sei, und daß die Leistung dieses Beitrages einer zwischenparteilichen Vereinbarung entspreche, die in der vorigen Sessionsperiode getroffen worden sei. Die Vertreter der Volkspartei hätten sich damals zu gewissen Konzessionen, der Anstellung von Rabbinern, die von liberaler Seite gewünscht wurde, und einer Verkürzung der Legislaturperiode bereit erklärt, um als Kompensation hierfür für die Zustimmung der Liberalen zur Schaffung eines Lehrstuhls der Jüdischen Gemeinde an der Universität Jerusalem zu erlangen. Die Errichtung des Lehrstuhls habe auch bei den Liberalen vollen Anklang gefunden. Die Volkspartei habe sich dagegen verpflichtet, im Laufe der Legislaturperiode keine weiteren Palästinaforderungen zu stellen und habe auch ihre Forderung bezüglich der jüdischen Schule zurückgestellt. Es handelte sich bei den Vereinbarungen über die Schaffung des Lehrstuhls um ein do ut des. Durch eine Ablehnung des Gemeindebeitrages würden sich die Mitglieder der Volkspartei, die an den damaligen Verhandlungen teilgenommen haben, in ihrem Vertrauen auf die Geltung von Treu und Glauben getäuscht fühlen. Auch bei einem Budget von nur 7 Millionen ließe sich ein Beitrag von nur 12 000 Mark im Jahr als einziger Posten für Palästinazwecke rechtfertigen. Die Bedeutung der Förderung eines wissenschaftlichen Instituts vom Range der Jerusalemer Universität sollte auch von nicht zionistischer Seite gewürdigt werden.

Bruno Woydo erklärte, man könne die Zeit vor zwei Jahren nicht mit der heutigen vergleichen. Weite Kreise der Berliner Judenheit würden es nicht verstehen, daß in einer Zeit, wo die Wohlfahrtsinstitutionen der Gemeinde und der Beamtenschaft gefährdet sind, Geldmittel für Palästinazwecke bewilligt werden. Als der Lehrstuhl geschaffen wurde, sei die Hebräische Universität eine überparteiliche Institution gewesen. Dies sei heute nicht mehr der Fall. Denn der Zionistenkongreß habe eine Resolution angenommen, in der die Wahrung des nationalen Geistes an der Universität gefordert wird.

Kammergerichtsrat Wolff erklärte namens des Vorstandes, zur Interpellation der Jüdischen Volkspartei nicht ausführlich Stellung nehmen, sondern sie nur rein sachlich beantworten zu wollen. Punkt 1 der Interpellation, ob der Gemeindevorstand für das laufende Geschäftsjahr die Auszahlung des Gemeindebeitrages für die Hebräische Universität in Jerusalem veranlaßt habe, sei mit nein zu beantworten. Zu Punkt 2a und c wolle der Vorstand keine Antwort erteilen. Auf die in Punkt 2b gestellte Frage, ob dem Vorstand die Tatsache, daß der Lehrstuhl besetzt sei, sei zu antworten, daß dies dem Vorstand bekannt sei.

R.-A. Heinrich Stern führte aus, die Bemerkung Dr. Klees, die Handlungsweise der liberalen Vertreter stehe mit Treu und Glauben nicht in vollständigem Einklang, habe in tief getroffen. Die liberalen Unterhändler bei den zwischenparteilichen Vereinbarungen hätten erklärt, daß sie sich im Hinblick darauf, daß sie nicht wüßten, welche Fraktionen in der nächsten Legislaturperiode in der Repräsentantenversammlung vertreten sein und welche Verhältnisse herrschen würden, nur bis zu den Wahlen im Jahre 1930 binden können. Auch sie hätten nicht damit gerechnet, daß der Lehrstuhl nur für zwei Jahre geschaffen werden sollte. Es müsse aber zwischen Errichtung und Erhaltung des Lehrstuhls unterschieden werden. Alle Vereinbarungen seien damals ausdrücklich befristet getroffen worden. Entscheidend für seine jetzige Stellungnahme in dieser Frage aber sei der Beschluß des Zionistenkongresses über die Universität.

Nachdem noch R.-A. Dr. Kollenscher als Vorsitzender der Kommission, die die Vorbereitungen zur Schaffung des Lehrstuhls getroffen hat, darauf hingewiesen hatte, daß man sicher nicht im Juli 1930 die Besetzung des Lehrstuhls vorgenommen hätte, wenn damit gerechnet worden wäre, daß der Lehrstuhl nur bis Dezember desselben Jahres bestehen sollte, hielt Dr. Klee das erste Schlußwort. Er betonte, für die Notwendigkeit, jüdischen Studenten eine ruhige Arbeitsstätte zu sichern, spreche der in vielen Ländern bestehende Numerus clausus. Die Kongreßresolution über den „nationalen Geist", die übrigens falsch aufgefaßt worden sei, könne die Art, wie ein Lehrstuhl für Botanik geleitet wird, keineswegs beeinflussen. Das zweite Schlußwort hielt Bruno Woyda. Er erklärte, für eine demokratische Körperschaft müsse die Entscheidung der Wähler maßgebend sein. Diese aber hätten dahin entschieden, daß die Förderung des Palästinawerkes, solange es national-jüdisch und zionistisch sei, nicht Sache der Gemeinde sein könne.

Es folgte die namentliche Abstimmung über den Antrag Woyda, die das oben mitgeteilte Resultat ergab. Im eigenen Namen, sowie im Namen des Vertreters der Überparteilichen Vereinigung Dr. Joseph Hirsch gab sodann Dr. Alfred Wiener (Rel. Mittelp.) die Erklärung ab, er habe sich der Stimme nur im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinde enthalten. Die außerordentlich wichtige Arbeit, die die Universität im vorderen Orient leiset, müsse von jedermann anerkannt werden. Er wünsche, daß sich die Finanzlage der Gemeinde bald ändere, damit eine so hervorragende wissenschaftliche Arbeit wie die der Universität auch von der Berliner Jüdischen Gemeinde wieder gefördert werden könne.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es noch zu einer Aussprache über das Verhältnis der Jüdischen Gemeinde zur Jewish Agency. Dr. Oskar Wolfsberg (Volksp.) hob die Bedeutung der Agency für das Gesamtjudentum hervor, und bezeichnete die Mitarbeit am Palästina-Aufbau als die schönste Aufgabe jeder jüdischen Gemeinschaft. Kammergerichtsrat Leo Wolff gab eine Darstellung der seinerzeit zwischen dem Initiativkomitee der Agency und der Gemeinde geführten Verhandlungen, die zu keinen festen Vereinbarungen zwischen den beiden Körperschaften geführt habe. Seine Ausführungen wurden von Rechtsanwalt Heinrich Stern ergänzt. Zu diesem Punkt ergriffen noch Dr. Kurt Fleischer (lib.), Alfred Berger (Volksp.) und Redakteur M. Waldmann (Volksp.) das Wort.

*

Die Berliner Liberalen verhalten sich nicht viel anders, als man es von ihnen erwartet hat — sie werden sich aber bitter täuschen, wenn sie glauben, daß der Geist Herrn Woydas mehr könne als zerstören. Früher oder später werden sie selbst das mit Schrecken erkennen; fragt sich nur bis zu welcher Grenze man diese Zerstörungsarbeit gehen lassen kann. Es wird Aufgabe der jüdischen Volkspartei sein die Öffentlichkeit gebührend aufzuklären, wohin diese verblendete Taktik führt, um dadurch wenigstens das Schlimmste zu verhüten.

Drohender Zusammenbruch der Wohlfahrtspflege der Israelitischen Gemeinde Frankfurt

Frankfurt a. M., 16. August. (JTA.) Die Organisation der Wohlfahrtspflege der Israelitischen Gemeinde Frankfurt ist bereits seit einigen Monaten durch die Wirtschaftskrise ernstlich gefährdet. Das Gemeindeparlament hat sich in seiner letzten Sitzung genötigt gesehen, die sofortige Einleitung einer Notstandsaktion zu beschließen. Inzwischen hat sich die Lage durch die letzten Wirtschaftsereignisse weiter zugespitzt, so daß der gänzliche Zusammenbruch aller Wohlfahrtsinstitutionen der Gemeinde in bedrohliche Nähe gerückt ist.

Die Israelitische Gemeinde hat deshalb in einer Sonderausgabe ihres Gemeindeblattes folgenden letzten Hilferuf an die Gemeindemitglieder gerichtet:

„Die Jüdische Wohlfahrtspflege befindet sich in einer Katastrophe! Wenn ihr nicht in ausreichendem Maße von allen Kreisen der Frankfurter jüdischen Bevölkerung in großzügiger Weise Mittel zur Verfügung gestellt werden, muß sie in kurzer Zeit ihre gesamte Fürsorgetätigkeit einstellen. Das bedeutet: Hunderte jüdische Familien Männer, Frauen und Kinder werden auf der Straße liegen; Hunderte körperlich geschwächter Kinder werden für ihr ganzes Leben gesundheitlich geschädigt werden; Hunderte geistig oder körperlich gefährdeter junger Menschen werden der Verwahrlosung verfallen. Tausende müssen hungern! Eine Verwahrlosung wird einsetzen, deren Folgen nicht abzusehen sind! Schnelle Hilfe tut not! Jeder muß helfen!"

Der Hakenkreuzkrieg

Neue Friedhofschändungen

Berlin, 13. August. (JTA.) Auf dem jüdischen Friedhof in Neumagen an der Mosel wurden in einer der letzten Nächte 9 Grabsteine umgeworfen. Auch auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde Reichelsheim wurden etwa 10 Grabsteine umgeworfen und beschädigt. Die Gemeinden Reichelsheim und Fränkisch-Crumbach (Hessen) haben eine Gesamtbelohnung von 100 RM. für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Jugendgruppe bedroht

Erfurt, 13. August. (JTA.) Auf der Sorge bei Pennewitz (Thüringen) fand dieser Tage ein Lager des Bundes der Junggruppen im Verbande der jüdischen Jugendvereine Deutschlands statt. Wenige Tage nach Errichtung des Lagers erschien ein Trupp von etwa 20 Burschen um Mitternacht auf dem Lagerplatz, wo 15 Jungen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren in Zelten übernachteten, trat ein Lagertor nieder, zerschnitt mutwillig eine Zeltbahn, entwendete einen Wimpel und bedrohte die Jugendlichen mit schweren Knüppeln. Unter Niederrufen auf die Juden fielen die Angreifer über die Jungen her, von denen zwei schwer mißhandelt wurden. Der Überfall war planmäßig erfolgt, Kommandos wurden erteilt, mit Taschenlampen Signale gegeben. Schließlich erklärten die Rowdies, das Lager müsse bis morgens 7 Uhr geräumt werden, sonst würden sie es selbst räumen, da sie auf diesem Platze keine Juden dulden wollten. Der Führer der Jugendgruppe versuchte vergeblich, die Polizei in Gehren und Königssee zu erreichen. Auch die Arnstädter Polizei erklärte, nicht zuständig zu sein. Erst auf Veranlassung des Kreiskommissars in Arnstadt stellte der Gemeindevorsteher in Pennewitz zwei Beamte zum Schutz des Lagers bereit. Der Bewachung durch eine Anzahl Reichsbannerleute aus Königssee und Pennewitz, die in selbstloser Weise mehrere Nächte opferten, ist es zu verdanken, daß das Lager von den Hakenkreuzlern nicht weiter bedroht wurde. Bisher ist es der Polizei nicht möglich gewesen, die Angreifer festzustellen.

Fensterstürmer in Berlin

Berlin, 14. August. (JTA.) „Berlin am Morgen" meldet, daß nationalsozialistische Täter am 13. August gegen 3 Uhr morgens die Schaufenster des dem jüdischen Möbelhändler Strewitzki gehörenden Geschäftes in der Bismarckstraße zertrümmert haben. Kurze Zeit darauf ging auch die Scheibe eines gegenüberliegenden Geschäftes in Scherben. Die Täter konnten entkommen, bevor Polizei eintraf.

Im Leichtflugzeugklub München e. V.

In einer Hauptversammlung gab der erste Vorsitzende, Architekt M. Fürst, einen Überblick über die Entwicklung des Klubs in den letzten Monaten. Der Vorstand hatte der außerordentlichen Hauptversammlung seine Ämter zur Verfügung gestellt. Bei den Neuwahlen wurde Architekt Max Fürst wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt. Einer Kommission wurde die Ausarbeitung neuer Satzungen übertragen. Zahlreiche Nazi erhoben in der Versammlung lauten Protest, weil in die Vorstandschaft auch Juden gewählt wurden. Wie die „Münchener Post" bemerkt, gehört auch der nationalsozialitische Stadtrat Esser dem Klub an.

Weltkongreß jüdischer Pfadfinder

Colleville sur Orne, 13. August 31.

Von einem Münchener Teilnehmer erhalten wir folgenden Bericht.

Am 4. August 1931 wurde in Colleville, einem kleinen Dorf in der Normandie, ein Weltlager jüdischer Pfadfinder eröffnet. Deutschland, Frankreich, England, Österreich, Tschechoslowakei, Griechenland, Nordafrika u. a. Länder hatten hierzu etwa 300 Delegierte der verschiedenen Organisationen entsandt. Zwischen diesen fanden pfadfinderische und jüdische Wettbewerbe statt. Die Delegation des J.P.D. aus Deutschland konnte hierbei den 2. Preis erringen. Der Hauptzweck des „Camp kondial" war die Gründung einer Union aller jüdischen Pfadfinder. Diese wurde in der ersten Sitzung des Kongresses am 4. August 1931 vollzogen. Als Ziel der Union wurde folgendes festgesetzt: „Förderung der praktischen Arbeit, der Arbeit an der Renaissance des Judentums und der praktischen Arbeit in Palästina". Jedoch wurde keine satzungsgemäße Zusammenarbeit mit dem K.K.L. bestimmt. Der Vertreter des „Haschomer Hazair", Budkowsky, erklärte der Union nur beitreten zu können, wenn diese nur rein zio-

nistische Verbände aufnehme. Da sich die Versammlung dagegen aussprach, konnte Haschomer Hazair nicht beitreten. Doch versprach er, in reger Zusammenarbeit mit der Union bleiben zu wollen. Zum Präsidenten der Union wurde der bisherige Commisaire des „Eclaireurs israélites de France" (EIF), Gamzon, gewählt. Vorläufiger Sitz der Union ist Paris.

Hanaar Haivri (Polen) forderte die Verlegung des Amtes für jüdische Arbeit nach dem Osten, doch wurde ihm nur ein Vertreter dieses Amtes in Paris zugestanden. Nach zwei Jahren soll der Sitz der Union nach Palästina verlegt werden. In der letzten Sitzung wurde auch beschlossen, daß bei Auflösung der Union, ihr Vermögen gleichmäßig dem K.K.L. und der Hebräischen Universität zufallen solle.

Einen würdevollen Abschluß fand der Kongreß durch eine schlichte Herzlfeier, bei der auch der Opfer der Unruhen vor zwei Jahren gedacht wurde. Am 18. August wird das Lager schließen.

Am 8. August wurde auch noch ein reichhaltige Ausstellung eröffnet, die in den Stand der heutigen jüdischen Jugendbewegung einen tiefen Einblick gewährt. Besonders reichhaltig und gut ist das Material des J.P.D. Auch nichtpfadfinderische Bünde beteiligten sich. — J. H. —

Bundestag der Jugendgruppen im Verband Jüdischer Jugendvereine

Berlin, 16. August. (JTA.) In der Nähe von Ilmenau in Thüringen fand vom 3. bis 6. August der dritte Bundestag des Bundes der Junggruppen im Verband der Jüdischen Jugendvereine Deutschlands statt. Die mehrtägige Aussprache führte zur Festlegung folgender Richtlinien für die Arbeit des Bundes: Der Bund der Junggruppen steht auf dem Boden der gesamtjüdischen Idee, die die jüdischen Bewegungen und Einzelmenschen, die nur ihre Partei kennen, umbiegen und zurückwenden will zur Mitte, zu einem integralen Judentum. Er sieht in der gesamtjüdischen Haltung seiner Menschen die Revolutionierung, die heute nottut, die Abkehr von überalterten Begriffen und Schlagworten. Für den einzig möglichen Erziehungsweg hält der Bund das jüdische Scouting, auf das er im Laufe des nächsten Jahres seine Arbeit umstellen wird. — Es wurde beschlossen, eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem jüdischen Pfadfinderbund in Deutschland zu bilden. Zum Bundesleiter wurde einstimmig Kurt London gewählt.

Julius Rosenwald 70 Jahre

Ein jüdischer Philanthrop

Neuyork, 13. August. (JTA.) Dieser Tage trat der bekannte Philanthrop und Multimillionär Julius Rosenwald, der als der reichste Jude der Welt gilt, in sein 70. Lebensjahr ein. Rosenwald, der in Springfield (Illinois) geboren wurde, begann seine geschäftliche Laufbahn bei der großen Bekleidungsfirma Hammerslough Bros in Neuyork, verlegte jedoch seine Tätigkeit bald nach Chicago, wo er im Jahre 1895 Vizepräsident und Schatzmeister der Firma Sears Roebuck and Company, des größten Postversandhauses der Welt, wurde. Seit 1910 ist Rosenwald Präsident der Gesellschaft.

Allgemeine und jüdische philanthropische Institutionen wurden von Julius Rosenwald in großzügigster Weise gefördert. Auf jüdischem Gebiet hat er sich insbesondere für die Arbeit des Joint Distribution Committee interessiert. An der United Jwish Campaign des Joint Distribution Committee im Jahre 1925 beteiligte er sich mit einem Betrage von einer Million Dollar. 1928 gab er 5 Millionen Dollar für die Kolonisationsarbeit des Joint in Rußland, zu deren Durchführung die amerikanische Gesellschaft für jüdische Landsiedlung in Rußland gegründet wurde, deren Ehrenpräsident Rosenwald neben Felix M. Warburg ist. Er ist ferner Vizepräsident des American Jewish Committee. Nach dem Tode des Präsidenten des American Jewish Committee, Louis Marshall, spendete er dem Jewish Theological Seminary of America eine halbe Million Dollar zur Errichtung einer Marshall-Gedächtnisstiftung.

Rosenwald gehört zu den wenigen führenden Persönlichkeiten des Joint Distribution Committee und des American Jewish Committee, die sich der erweiterten Jewish Agency nicht angeschlossen haben. Er lehnte den Eintritt in die Agency mit der Begründung ab, daß seiner Meinung nach die Notlage der jüdischen Massen durch Hilfsmaßnahmen an Ort und Stelle, nicht aber durch Massensiedlung nach Palästina oder Argentinien bekämpft werden solle. Gleichzeitig erklärte er jedoch, daß er durchaus kein Gegner des Zionismus sei. Diese Einstellung bekundete er auch durch seine Teilnahme an der großen Protestversammlung, die von den Juden Neuyorks anläßlich der Veröffentlichung des Passfield'schen Weißbuches veranstaltet wurde.

Für allgemeine Wohlfahrtszwecke errichtete er im Jahre 1917 den Julius-Rosenwald-Fonds, den er 1928 durch Schenkung von 100 000 Aktien von Sears Roebuck and Co. auf 22 Millionen Dollar brachte und der heute bereits die Höhe von 35 Millionen Dollar erreicht hat. Der Fonds wird von Trustees verwaltet, die beauftragt sind, das Kapital binnen 25 Jahren nach Rosenwalds Tode zu verteilen. Außerdem spendete er 3 Millionen Dollar zur Errichtung von Negerschulen in den südlichen Territorien der Vereinigten Staaten, 3 Millionen Dollar für ein Industriemuseum in Chicago und 2 Millionen für die Chicagoer Universität. Bekanntlich hat Julius Rosenwald vor kurzem auch der Stadt Berlin eine Million Dollar zur Errichtung einer Kinderzahnklinik zur Verfügung gestellt.

Aus der jüdischen Welt

Blitz schlägt in die Synagoge von Eberswalde ein

Berlin, 17. August. (JTA.) Während eines starken Gewitters, das am Sonntag, dem 16. August, über Eberswalde niederging, schlug der Blitz in die dortige Synagoge ein. Die Kuppel der Synagoge verbrannte und durch den einströmenden wolkenbruchartigen Regen wurde die Inneneinrichtung der Synagoge stark beschädigt.

Henriette Fürth 70 Jahre

Frankfurt a. M., 15. August. (JTA.) Am 15. August beging die bekannte Vorkämpferin der Frauenbewegung, Henriette Fürth, ihren 70. Geburtstag. Henriette Fürth, die 1861 in Gießen geboren wurde, ist eine Mitbegründerin der Mütterschutzbewegung. Seit 1890 betätigte sie sich auf dem Gebiet des jüdischen öffentlichen Lebens und setzte sich insbesondere für die Arbeit des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ein, dessen Frankfurter Ortsgruppe sie seit Gründung angehört.

Schließung jiddischer Theater in Warschau

Warschau 11. August. (JTA.) Die jiddischen Theater „Skala“ und „Central“ mußten infolge der Wirtschaftsnot geschlossen werden. Die Schließung der beiden Theater bedeutet die Vernichtung der Existenz von über Hundert jüdischen Familien.

Der Verleger Jakob Mortkowicz gestorben

Warschau 11. August. (JTA.) Der Inhaber eines der bedeutendsten Verlage Polens, Jakob Mortkowicz, hat wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten Selbstmord durch Erschießen begangen. Mortkowicz, dessen Verlag eine wissenschaftliche und eine literarische Abteilung umfaßt, in der Werke der bedeutendsten polnischen Dichter der letzten beiden Generationen erschienen sind, litt infolge finanzieller Schwierigkeiten in letzter Zeit an schweren Depressionen. Als ehemaliger Student deutscher Hochschulen und Verleger zahlreicher Übersetzungen deutscher Werke hat er sich nach Kräften bemüht, die deutsch-polnische Annäherung zu fördern.

(Aus Polen wurden viele weitere jüdische Selbstmordfälle aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemeldet).

Schändung der aschkenasischen Synagoge in Sofia

Sofia, 13. August. (JTA.) Unbekannte Täter haben nachts alle Fensterscheiben der aschkenasischen Synagoge in Sofia eingeschlagen. Dieser Angriff erfolgte einen Tag nachdem an den Eingängen der Hauptsynagoge, an zwei anderen Synagogen, an der jüdischen Schule und am zionistischen Volkshaus antisemitische Hetzplakate angeschlagen und an die Wände mit Teer Kreuze und Hakenkreuze gezeichnet worden waren. Der Vorfall hat in den jüdischen Kreisen Sofias starke Beunruhigung hervorgerufen. Man glaubt, daß es sich bei der Synagogenschändung um einen organisierten Vorstoß seitens der antisemitischen Heimwehrorganisation „Rodna Saschtita“ handelt.

„Jewish Guardian“ stellt sein Erscheinen ein

London, 14. August. (JTA.) „The Jewish Guardian“, eines der drei in englischer Sprache in London erscheinenden jüdischen Wochenblätter, das Organ der englischen Antizionisten, hat am 14. August nach fast zwölfjährigem Bestand sein Erscheinen eingestellt.

In der letzten Nummer des „Jewish Guardian“ veröffentlicht Dr. Claude G. Montefiore einen Artikel, in dem er darlegt, „Jewish Guardian“ habe seine Aufgabe erfüllt. Die Mehrheit der Zionisten, zumindesten in England, sei in ihren Anschauungen gemäßigt. Sie haben den Gedanken der Gründung eines Judentsaates aufgegeben und ihn den Revisionisten überlassen. Der nationalistische Zionismus sei im Niedergang, der kulturelle oder geistige Zionismus im Aufstieg. Unter diesen Umständen habe der „Jewish Guardian“ sein Ziel weitgehend verwirklicht. (Montefiore verschweigt nur, daß finanzielle Gründe ausschlaggebend waren.)

Der 15. August in Palästina ruhig verlaufen

Jerusalem, 16. August. (JTA.) Der mit großer Spannung erwartete 15. August, an dem nach den Weisungen der vor kurzem in Nablus abgehaltenen arabischen Konferenz im ganzen Lande Demonstrationen gegen das Bestehen versiegelter Waffenlager in den exponierten jüdischen Kolonien veranstaltet werden sollen, ist in vollständiger Ruhe verlaufen.

Die Regierung hatte, nachdem sie wiederholt ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht hatte, am 15. August keinerlei Demonstrationen zuzulassen, noch in den letzten Tagen alle Maßnahmen getroffen, um einer drohenden Panik vorzubeugen.

Nach Safed, wo das Gerücht verbreitet war, daß trotz des Verbots der Regierung Demonstrationen stattfinden würden, war militärische Verstärkung entsandt worden.

Wieder eine jüdische Zeitung in Palästina verboten

Jerusalem, 12. August. (JTA.) Nach der revisionistischen Tageszeitung „Haam“ wurde nun auch die von dem Rechtsanwalt Ben Aron herausgegebene Wochenschrift „Bemaaracha“ (Front) von der Palästinaregierung verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines unter dem Titel „Seid bereit“ in der letzten Nummer des Blattes veröffentlichten Artikels. Die Wochenschrift, die erst seit wenigen Monaten erschien, hatte ihr besonderes Augenmerk der Registrierung aller Fälle, in denen Waffen bei Arabern gefunden wurden, zugewandt, um auf diese Weise der Behauptung der Araber, die Juden seien bewaffnet, wirksam entgegenzutreten.

Schwere finanzielle Krise im Misrachi-Hauptbüro in Jerusalem

Jerusalem, 13. August. (JTA.) Die Beamten des Misrachi-Hauptbüros in Jerusalem sind zum Protest gegen die Nichtauszahlung ihrer Gehälter und die angedrohte Entlassung von Beamten ohne Abfertigung in den Streik getreten. Einer der Beamten hatte sogar einen Haftbefehl gegen den Präsidenten des Misrachi-Weltverbandes Rabbi Meir Berlin erwirkt, um zu verhüten, daß Rabbi Berlin das Land verlasse, solange der Verband seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Rabbi Berlin wurde tatsächlich verhaftet, jedoch sofort wieder freigelassen.

Offizieller Amtsantritt Arlosoroffs

Jerusalem, 14. August. (JTA.) Der bisherige Leiter der Palästinaexekutive Colonel Kisch hat am 13. August seinen Nachfolger Dr. Chaim Arlosoroff offiziell beim High Commissioner Sir John Chancellor, beim Chefsekretär der Palästinaregierung M. A. Young, beim stellvertretenden Generalstaatsanwalt Drayton, beim Leiter des Bodendepartements Nukham und beim Leiter des Erziehungsdepartements Bowman eingeführt. Colonel Kisch, der am Sonntag, dem 16. August, nach England abreiste, verabschiedete sich vom High Commissioner Sir John Chancellor. Der High Commissioner hieß den neuen politischen Dezernenten der Palästinaexekutive herzlich willkommen und sicherte ihm jedes Entgegenkommen zu.

Arabischer Generalstreik am 23. August

Jerusalem, 18. August. (JTA.) Die arabische Exekutive hat beschlossen, zum Protest gegen die angebliche Bewaffnung der jüdischen Kolonisten durch die Regierung am 23. August einen arabischen Generalstreik zu proklamieren. Die Exekutive beabsichtigt, an diesem Tage korporativ unter Führung ihres Präsidenten Muza Kazim Pascha vor dem High Commissioner Sir John Chancellor zu erscheinen und ihm eine Protestresolution gegen die Bewaffnung der jüdischen Kolonisten, sowie eine Resolution zu überreichen, in der gegen die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung für die illegal nach Palästina eingewanderten Juden, deren Zahl fälschlich mit 25 000 angegeben wird, Einspruch erhoben wird.

Feuilleton

Die jüdische Polizei in Tel-Awiw

Das zehnjährige Jubiläum — Der Horra tanzende Polizist — Gemütlichkeit und Disziplin

Tel-Awiw feiert den zehnjährigen Bestand seiner jüdischen Polizei. Es ist ein Stück jüdischer Geschichte Palästinas, das verknüpft ist mit der Entstehung der Polizei und ihrer Entwicklung. Zur Zeit der türkischen Herrschaft, knapp vor Ausbruch des Weltkrieges, gab es in dem Gebiet, das damals zu Jaffa gehörte, noch keine jüdische Polizei.

Unmittelbar nach der Besitzergreifung Palästinas durch England wurde in Tel-Awiw eine jüdische Polizei gegründet. Die englische Regierung anerkannte die jüdische Polizei und gab ihr die Erlaubnis, Abzeichen mit dem Text „Polizei der Stadt Tel-Awiw" in hebräischer Sprache zu tragen. Wie man weiß, gehörten viele Polizisten der gewesenen jüdischen Legion an, unter denen es einzelne sehr interessante Typen gibt: so den Polizeichef Meir Spektor, einen Mann, der jeden Tag Tefillin legt.

Bezeichnend ist der Umstand, daß die Araber im August 1929 den Überfall auf Tel-Awiw gerade zur Morgenstunde machten, da der Polizeichef mitten im Frühgebet hielt, was ihn aber nicht abhielt, zur Abwehr des Angriffs mit den Tefillin auf dem Kopf auf die Straße zu eilen.

Unter den Polizisten befindet sich auch der Sohn des hebräischen Schriftstellers A. S. Rabinowitsch, ein Mensch, der sich durch besondere Opferwilligkeit und Güte auszeichnet. Einmal bekam er den Auftrag, am Meeresufer Nachtwache zu halten. Des Morgens fand er sich ohne Mantel im Polizeiamt ein und wurde daher sofort zum Rapport bestellt. Hier gab er die Erklärung ab, daß er in der Nacht seinen Mantel einem armen Jungen gegeben habe, der am Meeresufer schlief und nichts zum Zudecken hatte, aber der Junge hätte schließlich „vergessen", ihm den Mantel zurückzugeben.

Zu den Funktionen der Polizei gehört auch die Obsorge der nächtlichen Ruhe. Bis zwölf Uhr nachts darf man auf der Gasse lärmen und tanzen. Doch kommt es oft vor, daß Chaluzim spät abends an den Strand kommen und eine Horra bis nach den Chzos (Mitternachtsgebet) tanzen. Wenn nun ein Polizist ersucht, man möge mit dem Tanzen aufhören, nimmt man ihn einfach in den Reigen herein und — welcher Jude in Erez Israel tanzt nicht gern Horra? — es bleibt ihm nichts anderes übrig als mitzutun bis er sich schließlich aus dem Reigen reißt und sich verschämt nicht hören macht, daß auf der Straße weitergetanzt wird.

Eine komische Szene spielte sich einmal ab, als ein jüdischer Polizist in die Lage kommen sollte, am Sabbat ein Protokoll zu schreiben. An einem Sabbat brach einmal zwischen der Gerer und den Czortkower Chassidim eine Schlägerei aus. Man rief die Polizei und vom Polizeikommissariat wurde zufällig ein Polizist beordert, der ein Enkel

des „Berdiczewer“ war und auch den Beinamen des Berdiczewer trug. Der Polizist kam gerade mitten in der Prügelei in die Stube und trotz seiner Versuche, den Streit zu schlichten, gelang ihm die Wiederherstellung der Ruhe nicht. Da rief er plötzlich in die Menge: „Juden erbarmt euch meiner und laßt mich nicht ein Chillul-ha Schabbat (Entweihung des Sabbats) begehen. Ich soll euretwegen am Sabbat ein Protokoll schreiben.“ Sogleich wurde es still im Stübchen und der Streit legte sich.

Diese Episoden sind charakteristisch für die Intimität des jüdischen Gemeinlebens in Tel-Awiw. Nichtsdestoweniger stellt die jüdische Polizei einen wohlorganisierten, straff disziplinierten Körper dar, der allen Anforderungen gerecht wird, die an eine Sicherheitstruppe gestellt werden. Oft genug hat die jüdische Polizei Tel-Awiws bewiesen, daß sie eine tadellos funktionierende Institution darstellt, der es an keiner von ihr geforderten Eigenschaft fehlt, und daß sie ein Zeugnis abgibt von dem Geist, mit dem die jüdische Stadt selbst geleitet wird.

* * *

Personalia

Herr Lazarus Spielmann der Seniorchef des bekannten Herren-Konfektionshauses L. Spielmann, G. m. b. H., konnte am 18. August seinen 70. Geburtstag feiern. Herr Spielmann ist ein bekanntes und beliebtes Mitglied der ostjüdischen Gemeinschaft Münchens, er ist u, a. Mitgründer der Vereine Limath Hazedek und Agudath Achim, deren Vorsteher er viele Jahre hindurch war und um die er sich besonders verdient machte, indem er zum Erwerb des Hauses beigetragen hat. Aus ostjüdischen und Berufskreisen wurden ihm zahlreiche Glückwünsche und Ehrungen dargebracht.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Jüdisches Jugendheim München. Montag, den 24. August 1931, spricht Dr. F. Kahn über: „Politische Dichtung“. Jugendliche aller Richtungen sind freundlichst eingeladen.

Jüdischer Nationalfonds München

Familien Julius und Markus Eisen gratulieren Herrn J. Spielmann herzlich zum 70. Geburtstag 2.—. Paul Grünbaum und Frau desgl. 2.—. Jakob Reich desgl. 2.—. Familie Horn 1.—. Gesamtausschuß der Ostjuden 2.—. Dr. Alfred Kern und Frau danken für die ihnen anl. der Geburt ihrer Tochter erwiesenen Gratulationen 5.—. Summa: 14 RM.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Leichtathletik-Jugend: Der am vorigen Sonntag ausgetragene Jugend-Klubkampf gegen den Postsportverein, der gegenwärtig über die beste Jugendabteilung von München verfügt, brachte einen knappen Sieg der Postler, die mit 94:89 Punkten den Kampf für sich entschieden. Ein Achtungserfolg, wenn man berücksichtigt, daß wir unserem zahlenmäßig weit überlegenen Gegner mit nur 4 Mann entgegentraten. Der ununterbrochen strömende Regen beeinträchtigte die Leistungen sehr. Überraschend kam der Sieg von Goldfarb im Weitsprung mit 5.76 m vor Spielmann 5.37 m. Im 100-m-Lauf blieb Spielmann mit 12.1 Sek. hinter dem in 12.0 Sek. siegenden Postler Raisch, ebenso Kutten, dessen Speerwurf von 35,60 m von Schwaiger (Post) mit 35,91 knapp überboten wurde,

Ergebnisse:
100 m: Spielmann 12,1 Sek., Kutten 12,4 Sek.
Weitsprung: Goldfarb 5,76 m., Spielmann 5,37 m.
Kugelstoßen: Kutten 10,90 m, Goldfarb 10,12 m.
Speerwerfen: Kutten 35,60 m. Spielmann 28 m.
800 m: Goldfarb 2.18 Min., Gersinsky 2.20 Min.
4-mal-100-m-Staffel: Kutten, Spielmann, Gersinsky, Goldfarb 50,1.
Schwedenstaffel: 2.25 Min.

Fußball-Abteilung des Bar-Kochba. Das angesagte Sommerfest fällt infolge technischer Schwierigkeiten aus. Unsere erste Mannschaft spielte am Sonntag, dem 16. August, gegen Neubiberg und verlor am dortigen Platze mit 4:1 Toren.

Am Sonntag, dem 23. August, spielen unsere 1. und 2. Mannschaften am Wackerplatz (Plinganserstraße) gegen die 3. und 4. Mannschaft des F. C. Wacker.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.